Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 12

Artikel: Notwendige Feststellung : Kritik an der Friedensbewegung
Autor: Brügel, J.W.
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339780

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

J. W. Brügel

Notwendige Feststellung

Kritik an der Friedensbewegung

Die Schweiz wird durch das Wettrüsten der Supermächte nicht direkt berührt; doch ist es für die Meinungsbildung der Sozialdemokraten wichtig, dass sie sich mit einer anderswo zwischen Soziallisten ausgetragenen Auseinandersetzung über Abrüstungsfragen vertraut machen. Daher ist es zu begrüssen, dass diese Zeitschrift (Heft 11/1981) diesem Problem Raum gibt. Aber ist die Art, mit der sie es tut, zufriedenstellend, wenn mit einer schwer verständlichen Konsequenz nur einem der Standpunkte ein Forum eröffnet wird? Nämlich dem Standpunkt, der in Bonn gegen die Politik einer von Sozialdemokraten geführten Regierung? Die Sozialistische Internationale hat in der Abrüstungsfrage mehr Aktivität entwickelt als in anderen, sie hat Grundsätze erarbeitet und zu ihrer Propagierung eine internationale Konferenz in Helsinki abgehalten und Deputationen einmal nach Moskau und zweimal nach Washington geschickt. Darüber keine Zeile. Eine räumlich begrenzte Zeitschrift stellt mehr als sechs Seiten dem Bericht von Olof Palmes «Unabhängiger Kommision» zur Verfügung, der kein Argument enthält, das zur Klärung der zwischen Sozialisten strittigen Fragen beitragen könnte, denn in diesem für andere Zwecke wertvollen Bericht, wird nur die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen West und Ost bewiesen, was kein Sozialist in Abrede stellt. Mehr als sechs Seiten für einen Bericht, der sozusagen nicht zum Thema gehört, aber keine einzige Zeile für die Darlegung des Standpunkts etwa der deutschen Sozialdemokraten oder der französischen Sozialisten, die die Regierung ihrer Länder führen! Erhard Eppler wird als «SPD-Präsidiumsmitglied» vorgestellt, das er tatsächlich ist, doch fehlt jeder Hinweis darauf, dass er in dieser Sache (was sein unbestrittenes demokratisches Recht ist) gegen die Beschlüsse dieser SPD handelt. Zweck der folgenden Ausführung soll sein, einige Tatsachen festzustellen, deren Kenntnis dem Autor für eine Meinungsbildung unter Sozialisten unerlässlich erscheint.

1. Eppler nennt in seinen glänzend formulierten Ausführungen die Bonner Demonstration «Friedensbewegung», was sie unzweifelhaft ist (und Toya Maissen übernimmt dieses Schlagwort), aber er proklamiert für sich und seine Mitstreiter ein Friedensbewegungsmonopol, womit er allen andersdenkenden Sozialisten deren auf Erhaltung des Friedens ausgerichtete Haltung bestreitet. Niemand verweigert Eppler und seinen Anhängern die Anerkennung, dass sie es ehrlich meinen — warum müssen sie jene, die mit anderen Mitteln zum gleichen Ziel wollen, andichten, sie würden nicht, oder doch unehrlicher Bestandteil der Friedensbewegung sein, die in Wirklichkeit die sozialistische Bewegung seit drei Menschenaltern darstellt? Wenn man über den einzuschlagenden Weg anderer Meinung ist, kann man dem Friedensgedanken ebenso ehrlich dienen wie jene, die durch ihre Haltung die Erfolgsaussichten eher zu gefährden scheinen.

2. In früheren Jahrzehnten war eine auf Erhaltung und Sicherung des Friedens ausgerichtete Politik ein Reservat der internationalen sozialistischen Bewegung. Das ist nun nicht mehr der Fall, weil die Furchtbarkeit eines heutigen Krieges auch andere politische Kräfte zur Besinnung gebracht hat. Die Krupps und Schneider-Creuzots von heute sind viel zu klug, um nicht zu wissen, dass ein Krieg auch ihr Grab schaufeln würde. Deswegen sind Unternehmer trotzdem auch weiter an Aufträgen interessiert, aber auch — davor soll man die Augen nicht verschliessen — ihre Arbeiter und deren Gewerkschaften. Das ist kein hinreichender Grund, von einer Friedenspolitik irgendwelche Abstriche zu machen, aber es muss auch, wenn man ehrlich ist, einkalkuliert werden.

3. Die Antwort auf die Frage, ob die Vereinigten Staaten 1945 zwei Atombomben auf Japan abgeworfen hätten, wenn ihnen bekanntgewesen wäre, dass Japan mit Atomwaffen zurückschlagen kann, ergibt sich von selbst: natürlich hätten sie es nicht getan, weil das Risiko für sie zu gross gewesen wäre, womit, ob man das nun begrüsst oder verdammt, die abschreckende Wirkung von Kernwaffen bewiesen ist. Wäre es anders und würde sie nicht die Gefahren für das eigene Überleben fürchten, hätte die Sowjetunion schon längst Polen die Behandlung angedeihen lassen, die man in Moskau «brüderliche Hilfe» nennt, auch wenn sie gar nicht gewünscht wird.

4. Das führt uns zu der weiteren unwiderleglichen Feststellung, dass lediglich durch das Gleichgewicht des Schreckens in Europa der Frieden durch 36 Jahre aufrechterhalten wurde, und dass es nach menschlichem Ermessen so bleiben wird, wenn es

gelingt, dieses Gleichgewicht — hoffentlich durch Herabsetzung des Volumens — zu erhalten. Diese Tatsache stellt der Menschheit, die nur durch die Furcht vor der eigenen Vernichtung von Wahnsinnstaten abgehalten wird, sicherlich kein gutes Zeugnis aus. Das ändert aber nichts an der Tatsache.

5. Ob das nun blosse Panikmacherei oder Ausdruck ehrlicher Befürchtungen ist, wird uns seit Monaten gesagt, die Kriegsgefahr oder gar die Gefahr eines Krieges mit Kernwaffen sei «niemals so akut» gewesen wie gerade jetzt. Wachsamkeit ist immer am Platze, aber deshalb muss man sich nicht von jeder Alarmmeldung ins Bockshorn jagen lassen. So unerfreulich die weltpolitische Lage auch ist, besteht zum Glück zumindest in Europa keine unmittelbare Kriegsgefahr.

6. Kein vollsinniger Mensch bestreitet die Notwendigkeit von Verhandlungen zwischen West und Ost über das Abrüstungsproblem, aber man muss sich davor hüten, aus einer auf Verhandlungen gerichteten Politik ein Götzenbild zu machen, dem alle anderen Erwägungen untergeordnet werden müssen. Dass Grossbritannien und Frankreich mit Hitler und Mussolini bis 1939 am Verhandlungstisch sassen, war nicht des Verhandelns wegen falsch, sondern wegen des Verhandelns unter falschen Voraussetzungen. Aus Bequemlichkeit und Unlust, selbst irgendetwas zu tun, haben demokratisch gewählte Staatsmänner sich eingeredet, sie hätten es bei den Diktatoren mit ihresgleichen zu tun, mit Leuten, deren Worten man trauen konnte, auch wenn ihre Taten davor hätten warnen sollen. Moskau schlägt dem Westen immer und immer wieder Verhandlungen vor, um den Nato-Pakt von Taten abzuhalten. Bei Verhandlungen muss man wissen, mit wem man es zu tun hat, und dass die Sowjetunion zum Beispiel sich in der Charta den Vereinten Nationen verpflichtet hat, sich jeder Anwendung von Gewalt gegen andere Staaten zu enthalten, was sie aber nicht daran gehindert hat, Ungarn, die Tschechoslowakei und Afghanistan zu überfallen.

7. Eppler und andere propagieren einen einseitigen westlichen Verzicht auf Atomwaffen, aber wo bleibt der Beweis dafür, dass man dadurch mehr erreichen kann als eine Beruhigung des eigenen Gewissens, und dass nicht im Gegenteil die Kriegsgefahr nur steigt, wenn die eine Seite alle Trümpfe in der Hand hat und die andere gar keine?

8. Es klingt sehr mannhaft, wenn gesagt wird «Wir wollen diese Kette zerschlagen, wo wir sie zerschlagen können, hier in Westeuropa, in Deutschland», aber da dieses angebliche Zerschlagen einer Kette ganz risikolos vor sich geht, ist es nichts als ein hohles Schlagwort, doch gefährlich, weil es die Illusion verbreitet, dass das Problem überall gleich ist, dass überall die gleichen Voraussetzungen zu einer Lösung bestehen. Die Doktrin der im Nato-Pakt zusammengeschlossenen Staaten ist, ob das nun stimmt oder nicht, dass sie mit ihren «Nachrüstungsplänen» nichts anderes anstreben als die Wiederherstellung des von der Sowjetunion gestörten Gleichgewichts des Schreckens. Die Epplers aller westlichen Ländern erwidern darauf, ob das nun stimmt oder nicht, dass die Nato-Mächte in Wirklichkeit eine militärische Überlegenheit über die Sowjetunion erzielen wollen. Für die Aufstellung und Begründung ihrer Behauptung gibt ihnen das demokratische System ihrer Länder jede Möglichkeit, die den Bürgern im sowjetischen Bereich, die ihre Herrscher nicht der Unwahrheit bezichtigen können, abgeht. Die Anhänger eines einseitigen westlichen Verzichts auf Kernwaffen können in riesigen Demonstrationen gegen die Politik ihrer Regierung protestieren; nachher schlafen sie ungestört den Schlaf der Selbstgerechten. Aber ihre Aufmärsche hätten nur einen Sinn, wenn sie begleitet wären, von ebenso risikolos vor sich gehenden Demonstrationen in Moskau, Leningrad und Kiew. Die Tatsache, dass das ausserhalb des Bereichs der Möglichkeiten liegt, zeigt das wahre Dilemma unserer Tage auf, das sich alle Sozialisten zu Bewusstsein bringen sollten: es ist die Existenz von Diktaturen, die ihren und anderen Völkern die Freiheit vorenthalten. Würde die Welt nicht unter dem Druck diktatorischer Regimes stehen, könnte das Abrüstungsproblem keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten.

Neue Bücher zum Thema Frieden und Abrüstung

Alfred Mechtersheimer (Hg.) *Nachrüsten?* Dolumente und Positionen zum Nato-Doppelbeschluss. rororo aktuell 4940

Dieter S. Lutz, *Weltkrieg wider Willen?* Die Nuklearwaffen in und für Europa. rororo aktuell 4934

Wilhelm Bittdorg (Hg), *Nachrüstung;* Der Atomkrieg rückt näher. Rowohlt (Spiegel-Buch)

Armory B. Lovins/L. Hunter Lovins, *Atomenergie und Kriegsgefahr,* Rowohlt-Verlag.